blättchen
TREPTOW-KÖPENICK

Ausgabe Nr. 312 / Juni 2026

Die Linke
Bezirksverband Treptow-Köpenick

Foto: Olaf Kostritz

„Es reicht!“: Protest gegen die Sozialkürzungen in Berlin am 1. Juni

Berlin bezahlbar machen

Die Linke Berlin geht den Mieten-Notstand an

Sparmaßnahmen bei Gesundheit und Pflege, Kürzungen bei der Rente und eine Abschaffung des 8-Stunden-Tages: Das sind nur ein paar der Pläne, die die Bundesregierung unter Merz umsetzen will – und zugleich genügend Gründe, sich gemeinsam aufzulehnen. Daher ruft Die Linke seit Anfang Juni zusammen mit den DGB-Gewerkschaften unter dem Motto „Es reicht!“ zu bundesweiten Protesten in 15 Städten auf, allen voran in Berlin.Denn gerade in Berlin werden sich die massiven Angriffe auf den Sozialstaat bemerkbar machen, da allein hier zu wohnen inzwischen Unsummen kostet: Auf Anfrage von Caren Lay, wohnungspolitische Sprecherin der Linken im Bundestag, hat die Bundesregierung kürzlich mitgeteilt, dass die Angebotsmieten in Berlin heute im Schnitt 69 Prozent höher sind als 2016 – während der bundesweite Anstieg in Großstädten rund 43 Prozent beträgt. Hinzu kommt die Preisexplosion, die allerorts Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen belastet: Im Vergleich zum Jahr 2020 sind Lebensmittel in Deutschland über 30 Prozent teurer geworden, Haushaltsenergie um fast 50 Prozent.

Chancen, Widerstand zu leisten und für ein bezahlbares Berlin zu kämpfen, bieten sich nicht nur bei den Sozialprotesten: Für die Abgeordnetenhauswahlen am 20. September legt Die Linke ein Programm vor, das konsequent den Mieten-Notstand angeht – etwa mit der Einführung eines Mietendeckels für die Landeseigenen Wohnungsunternehmen, der überfälligen Umsetzung des Volksentscheids „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ und der Einführung des Sicher-Wohnen-Gesetzes, das große Vermieter verpflichten soll, mehr Wohnungen an Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen zu vermieten. Unter dem Motto „Berlin bezahlbar bauen“ legt Die Linke zudem einen durchdachten Vorschlag für eine Neuaufstellung des sozialen und kommunalen Wohnungsbaus vor. So könnte man sich das Leben in Berlin endlich wieder leisten.

Aktueller Termin Sozialsprechstunde Die Linke hilft 16.07.26

17–19 Uhr
In der Brückenstraße 28, 12439 Berlin
S Schöneweide, Tram Brückenstraße

Kontakt: hilfe@dielinke-treptow-koepenick.de
Mobil/WhatsApp: +49 163-27 01 371

Gysi meint …

Mieten runter

„Eine Studie des Instituts Wohnen und Umwelt im Auftrag des Deutschen Mieterbundes hat bestätigt, womit viele Menschen in unserer Stadt alltäglich konfrontiert sind: Wohnen droht für Millionen unbezahlbar zu werden. Wenn 6,6 Millionen Mieterhaushalte mehr als 30 Prozent, die Hälfte davon sogar mehr als 40 Prozent ihres Einkommens nur dafür ausgeben müssen, dass sie ein Dach über dem Kopf haben, läuft gewaltig etwas schief.

Denn obwohl die Bundesregierung vorgibt, den Mietpreisanstieg bremsen zu wollen, zeigt der Trend seit Jahren nur in eine Richtung – nach oben. So liegen in Berlin die Mieten von Haushalten, die nach 2020 eingezogen sind, durchschnittlich 29 Prozent über dem Schnitt aller Mietverträge. Es waren Bundestagsabgeordnete von CDU/CSU und FDP, die gegen den von der Linken initiierten Berliner Mietendeckel geklagt hatten, der diesen Anstieg wirksam hätte begrenzen können. Ihre vom Bundesverfassungsgericht bestätigte Gesetzgebungskompetenz im Mietrecht nutzt aber die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten nicht. Wenn CDU/CSU und SPD es wollten, gäbe es eine Mietpreisbremse. Dieses Beispiel zeigt, dass eine vernünftige Mietgesetzgebung politischen Willen und entsprechende politische Mehrheiten braucht. Wir brauchen auf Bundesebene endlich einen Mietendeckel statt kaum wirksamer Maßnahmen. In Berlin muss die per Volksentscheid beschlossene Vergesellschaftung privater großer Wohnkonzerne umgesetzt werden. Das ist schon deshalb wichtig, weil Mieten in Wohnungen des Vonovia-Konzerns jeden Monat 166 Euro niedriger sein könnten, wenn durch die Vergesellschaftung eben keine Dividenden mehr an Aktionäre gezahlt werden müssten. Und wir brauchen eine umfassende Förderung des Baus von sozialem und überhaupt bezahlbarem Wohnraum mit einer entsprechenden Mietpreisbindung. Wien macht vor, wie das geht. Wohnen ist ein Menschenrecht. Es muss endlich den Stellenwert in der Politik bekommen, den es für das Leben der Menschen hat.

Die Brücken müssen offen bleiben

Breites Bündnis für Erhalt von Görlitzer Bahndamm

Fast 500 Menschen haben am Sonnabend, den 30. Mai, für den Erhalt des ehemaligen Görlitzer Bahndamms demonstriert. Aufgerufen hatte die Initiative „Zusammenbrücken“. Gekommen waren Anwohner:innen, darunter viele Familien und Linke-Mitglieder, sowie Politiker:innen verschiedener demokratischer Parteien. Grund des gut gelaunten, aber entschiedenen Protests ist die angedrohte Schließung der Strecke zum 1. Juli 2026.

Die ehemalige Bahnstrecke verbindet Alt-Treptow mit dem Görlitzer Park in Kreuzberg. Sie ist seit Jahren stillgelegt, wird jedoch intensiv als Fuß- und Radweg sowie zur Naherholung genutzt. Die Eigentümerin, die Deutsche Bahn, hat den Nutzungsvertrag mit dem Bezirk gekündigt und verweist auf die Vermeidung weiterer Korrosionsschäden an den Brücken.

Foto: Henning Füller

Moritz Warnke, Bezirksvorsitzender der Linken, bei der „Zusammenbrücken“-Demo am 30. Mai

Bereits Ende März hatte Die Linke in der BVV Treptow-Köpenick in einem interfraktionellen Antrag mit SPD und Grünen den Senat aufgefordert, eine Lösung mit der Bahn zu finden. Die Bahn hat inzwischen angeboten, das Grundstück dem Land Berlin zu schenken. Trotz der Dringlichkeit hat der Wegner-Senat aus CDU und SPD bisher keine Einigung erzielt.

Als Reaktion gründete sich die Nachbarschaftsinitiative „Zusammenbrücken“ und organisierte für den sonnigen Protesttag ein buntes Programm mit einem Orgelspieler, eigens komponiertem Protestsong und vielen Schildern.

In seiner Rede kritisierte der Bezirksvorsitzende der Linken, Moritz Warnke, die Schuldenbremse scharf: „Diese Brücken sind in gewisser Weise ein Symbol dafür, was passiert, wenn man 30 Jahre nicht in Sanierung, nicht in Instandhaltung investiert […]. Es ist keine vernünftige Politik, Infrastruktur so auf Verschleiß zu fahren!“. Gleichzeitig machte Warnke deutlich, dass der Senat Verantwortung übernehmen, die Liegenschaften annehmen und die Brücken reparieren muss. Die Mittel dafür könne er aus dem 500-Milliarden-Euro-Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität abrufen. Um diese Forderung zu unterstreichen, verteilte die Linke zuvor hunderte Postkarten im Kiez und auf der Demo. Unterstützer:innen können sie an Finanzsenator Stefan Evers (CDU) schicken.

Die Maßnahmen zeigten Wirkung: Senat, Bezirk und Bahn versprachen am 10. Juni, dass die Brücken erhalten werden sollen und die dauerhafte Sperrung vom Tisch sei. Lediglich für die Dauer der Arbeiten sollen sie geschlossen werden, wobei es keinerlei Angaben über die Dauer gab. Zu vage für viele und so geht der Protest am 16. und 28. Juni weiter.

Angriff auf antifaschistische Initiativen

BdA-Vorsitzende über die Kontensperrung durch die Postbank

Ohne Begründung kündigte die Postbank zum März 2026 die Konten des Bundes der Antifaschistinnen und Antifaschisten Treptow (BdA) und dreier weiterer antifaschistischer Vereine. Ein Gespräch mit der BdA-Vorsitzenden Dr. Ellen Händler über die Hintergründe.

Vorweg: Was ist der BdA?

Wir sind ein über die Parteigrenzen hinweg anerkannter Verein und unterstützen die Bildungs- und politische Arbeit in Treptow. Der Verein leistet vor allem Erinnerungsarbeit und tritt gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus auf. Ein Schwerpunkt ist die Verlegung von Stolpersteinen. Oft arbeiten wir dabei mit Schulen zusammen.

Foto: Katja Strempel

BdA-Vorsitzende Dr. Ellen Händler

Wie habt ihr auf die Kündigung des Vereinskontos zuerst reagiert?

Wir haben uns an die Berliner Sparkasse gewandt. Sie sicherte uns zunächst ein Konto zu, doch dann kam die schriftliche Ablehnung, ebenfalls ohne Begründung.

Inzwischen hat sie ihre Meinung geändert. Wie kam es dazu?

Durch politischen Druck. Ich habe zu einer Kundgebung aufgerufen. Wir bekamen Unterstützung vom Bundestagsabgeordneten Gregor Gysi (Linke), Bezirksbürgermeister Oliver Igel (SPD) und von der Linken Treptow-Köpenick, allen voran vom Vorsitzenden Moritz Warnke. Darüber hinaus gab es Solidarität von Vereinen und Einzelpersonen. Sie haben klar gemacht, was für ein fatales Zeichen es wäre, wenn ein gemeinnütziger antifaschistischer Verein kein Konto bekommt. Schlussendlich sagte die Sparkasse zu, ihre Entscheidungsprozesse zu überprüfen, und wir bekamen ein neues Konto. Daraufhin haben wir die Kundgebung zu einer Feier umgewandelt.

Wie ordnet ihr den Vorgang politisch ein?

Wir können nur spekulieren. Der politisch motivierte Entzug von Konten ist nicht neu. Entweder wollen Bankangestellte aus eigenem Interesse dafür sorgen, dass antifaschistische Vereinigungen nicht weiter existieren und/oder sie sehen sich dem Druck der amerikanischen Finanzwelt ausgesetzt. Donald Trump greift weltweit antifaschistische Initiativen an und deutsche Banken handeln aus Furcht vielfach in vorauseilendem Gehorsam. In unserem Fall hat der Zusammenschluss der Öffentlichkeit dazu geführt, dass die Berliner Sparkasse Haltung gezeigt hat. Ich hoffe, dass dies ein Zeichen für andere Banken ist.

Wie kann man euch unterstützen?

Durch Spenden auf unser neues Konto. Außerdem freuen wir uns sehr über neue aktive Mitglieder und Besucher auf unseren Veranstaltungen.

Mehr Infos und Spendenkonto unter: bda-treptow.vvn-bda.de

AUS DEM Rathaus
TREPTOW-KÖPENICK
Ausgabe Nr. 312 / Juni 2026
Die Linke
Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick

Ein grünes Band gegen den Beton

Rettung für die Späth'sche Baumschule

Könnte zubetoniert werden: Naturidyll in Späthsfelde

Die Späth'sche Baumschule im Baumschulenweg ist weit mehr als nur ein Betrieb: Seit über 300 Jahren wachsen hier Bäume, Pflanzen und lebendige Geschichte. Sie gehören fest zu Treptow-Köpenick und sind Heimat für uns alle. Doch neue Pläne der Berliner Senatsverwaltung bedrohen das historische Gelände. Um diese wertvolle Stadtnatur zu retten, haben sich die Fraktionen im Rathaus über alle Parteigrenzen hinweg zusammengeschlossen.

Worum geht es? Berlin braucht neuen Wohnraum – das bestreitet niemand. Ursprünglich sollte ein neues Stadtviertel auf den Nachbarflächen in Späthsfelde entstehen. Weil dort jedoch bestehende Kleingärten rechtlich geschützt werden müssen, droht nun ein hektisches Verschieben der Baupläne durch den Senat. Die neuen Pläne sehen vor, bis zu 2.500 Wohnungen extrem dicht an und sogar direkt auf die Flächen der historischen Baumschule zu drängen.

„Die Späth'sche Baumschule ist weit mehr als nur ein Gewerbebetrieb; sie ist die grüne Lunge, der Lernort und ein kulturelles Herz von Treptow-Köpenick. Sie braucht unseren Schutz. Die Bebauung muss entsprechend behutsam und mit Augenmaß erfolgen."
Uwe Doering, Sprecher für Stadtentwicklung der Fraktion Die Linke

In der Bezirksverordnetenversammlung fand Philipp Wohlfeil, Vorsitzender der Fraktion Die Linke, dafür scharfe und deutliche Worte. Er kritisierte, dass der Bausenator ein hektisches „Flächen-Tetris" spiele. „Die Antwort auf die Wohnungsfrage darf nicht die Zerstörung unserer historisch gewachsenen Stadtnatur und das Zubetonieren wertvoller Freiräume sein", warnte Wohlfeil in seiner Rede. Wenn der Senat hier rücksichtslos Fakten schaffe, drohe ein unersetzlicher Verlust für das Klima und den Artenschutz. Es müsse verhindert werden, „dass die Betonmischfahrzeuge des Senats die historische Baumschule einfach überrollen".

Diese Sorge teilen fast alle Kräfte im Rathaus. Die Fraktionen von SPD, CDU, Linken und Grünen haben Anfang Juni gemeinsam einen klaren Beschluss gefasst: Der historische Standort muss dauerhaft geschützt werden. Um die Baumschule zu bewahren, fordert der Bezirk ein „Grünes Band". Dieser naturnah gestaltete Pufferstreifen zwischen der Baumschule und den neuen Wohnhäusern soll als Schutzzone dienen. Das grüne Band könnte aus Kleingärten, Parks oder offenen Wiesen bestehen, um das Stadtklima zu schützen.

Auch die Menschen vor Ort senden ein deutliches Signal: Mehr als 13.000 Bürgerinnen und Bürger haben binnen kürzester Zeit eine Petition für den Erhalt unterschrieben. Diese Unterstützung greift die Bezirkspolitik auf. Neben dem Schutz der Flächen fordert das Rathaus ein weiteres Recht für die Anwohner: Echte Mitbestimmung. Bevor Änderungen an den Planungen vorgenommen werden, muss der Senat umfassende Informationsabende veranstalten. Die Menschen in Treptow-Köpenick wollen mitreden. Das Zeichen an den Senat ist eindeutig: Die Späth'sche Baumschule darf nicht zubetoniert werden!

Transparent, praktikabel, fair

Neuregelung zur Wahlplakatierung in Treptow-Köpenick

In der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick wurde kürzlich ein Antrag zur Neuregelung der Wahlplakatierung im öffentlichen Straßenraum beschlossen. Der Antrag erfolgte auf gemeinsame Initiative der Fraktionen von CDU, SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen mit dem Ziel einer deutlichen Reduzierung der Wahlplakate im Bezirk. Um die Plakatdichte spürbar zu verringern, wurde für die anstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung eine verbindliche Obergrenze von 17.500 Wahlplakaten im Bezirk festgelegt. Damit soll die bislang oftmals als übermäßig empfundene Plakatdichte spürbar verringert werden. Denn weniger Plakate bedeuten mehr Übersicht, eine geringere Belastung des öffentlichen Raums und gleichzeitig eine Konzentration auf tatsächlich wirksame Standorte.

Zur Ermöglichung eines fairen Wettbewerbs erfolgt die Verteilung der Plakate auf Grundlage eines rechtlich geprüften und transparenten Verfahrens des Bezirksamtes. Dieses orientiert sich an den Ergebnissen vergangener Wahlen und stellt zugleich sicher, dass auch kleinere Parteien ausreichend sichtbar bleiben. Zudem soll eine konsequentere Kontrolle der Regelungen erfolgen: In einem Pilotprojekt wird das Bezirksamt Treptow-Köpenick an die Parteien Etiketten ausgeben, die die Genehmigung des Plakats beurkunden und an die jeweiligen Wahlplakate angebracht werden müssen. So wird eine Ahndung bei Nichteinhaltung vereinfacht. Das Ordnungsamt soll darüber hinaus dabei helfen, die Einhaltung der festgelegten Kontingente zu kontrollieren und bei Verstößen die notwendigen ordnungsrechtlichen Maßnahmen ergreifen.

Stimmen für den Kiez gesucht

Treptow-Köpenick ruft zur Seniorenwahl auf

Sie machen gut ein Viertel der Bevölkerung im Bezirk aus: Knapp mehr als 82.000 Menschen, die über 60 Jahre alt sind, leben in Treptow-Köpenick. Um deren Interessen gegenüber Politik und Verwaltung stark zu vertreten, wird im Frühjahr 2027 eine neue Senior:innenvertretung gewählt. Wer den eigenen Kiez aktiv mitgestalten möchte, kann sich ab sofort als Kandidat:in bewerben und aufstellen lassen.
Die gesetzliche Basis dafür feiert in diesem Jahr ein Jubiläum: Das Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz wird 20 Jahre alt - warum dessen kürzliche Novellierung aber unzureichend ist, erklärt Sonja Kemnitz im Kommentar unten. Die Aufgaben des Gremiums sind vielfältig: Es berät die Politik, redet bei bezirklichen Planungen mit und setzt sich gezielt für Barrierefreiheit sowie die soziale Teilhabe im Alter ein. Mitglieder der Senior:innenvertretung können bei Interesse in Fachausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung beratend mitarbeiten. Bisherige Senior:innenvertretungen haben jährliche Seniorenforen durchgeführt, bei denen Bezirksamtsmitglieder zu Fragen und Anregungen von Senior:innen Stellung nahmen. Aktuell setzt sich die Seniorenvertretung zusammen mit vielen anderen für eine sichere Querung der Salvador-Allende-Straße ein.
Damit die Interessenvertretung eine starke Stimme bleibt, ist das Engagement der Menschen vor Ort gefragt. Bis Ende September 2026 müssen die Wahlvorschläge eingereicht werden. Wer sich einbringen möchte, benötigt keine politischen Vorkenntnisse, sondern vor allem die Bereitschaft zur ehrenamtlichen Mitarbeit für die Gemeinschaft.
Unterstützung bei der Bewerbung bietet die Seniorenvertretung Treptow-Köpenick im Rathaus Johannisthal (Sterndamm 102, 12487 Berlin).
Informationen und Beratung gibt es auch telefonisch unter (030) 90297-6019, per E-Mail an seniorenvertretung@ba-tk.berlin.de oder auf der Website gleft.de/6C2

Altenhilfe und Seniorenmitwirkung im Abgeordnetenhaus

Zwei Alibigesetze vor der Wahl

Kurz vor der Wahl wird die Koalitionsvereinbarung abgearbeitet. Zur Not pro forma. Wenn es nur um „die Alten“ geht, macht man dann für ein Gesetz noch schnell eine Alibi-Anhörung und für das andere gleich gar keine. Ausgerechnet, als es um die Mitwirkung der Senior:innen ging – Anhörung Fehlanzeige!
Das Seniorenmitwirkungsgesetz sollte novelliert werden. Die Betroffenen wollen verbindlich im Land wie in den Bezirken über die Seniorenvertretungen beteiligt werden. Dazu machten Landesseniorenbeirat und Landesseniorenvertretung Vorschläge: verbindliches Antragsrecht in den BVVen, gleiche, finanziell und materiell gesicherte bezirkliche Arbeitsbedingungen, ein gemeinsamer Termin für die Wahlen zum AGH und zu den Seniorenvertretungen. Was kam heraus? Ein eingeschränktes Rederecht in den BVVen, Ausstattungen nach Kassenlage und politischem Wohlwollen – nicht mal ein Kostenersatz für Aufwendungen ist geregelt – keine Zusammenlegung der Wahlen. Dass Seniorenbeirat und Landesseniorenvertretung in einen Seniorenrat verschmelzen, wird stattdessen als Erfolg gepusht. Wurde die Seniorenmitwirkung ohne Mitwirkung geregelt, verhungerte das Altenhilfestrukturgesetz am Sparzwang. Dabei hätte Berlin hier Maßstäbe setzen können! Seit 2010 wird diskutiert, das Sozialrecht der Altenhilfe verbindlich zu regeln. Dafür haben Interessenvertretungen 2023 einen eigenen Gesetzentwurf mit dem Titel „Gutes Leben im Alter“ vorgelegt. Der Anspruch auf Altenhilfe sollte verbindliches individuelles Recht werden. Also Pflichtaufgabe für die Kommunen. Keine freiwillige Leistung, die man immer schnell streichen kann.
Es geht um Teilhabe älterer Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen, um gesicherte Bedingungen für ein gutes Leben und um altersgerechte Strukturen überall. Altersdiskriminierung soll bekämpft werden. Die Kommunen sollen so ausgestattet sein, dass sie für ihre Alten sorgen können. Es ging um ein einklagbares individuelles Recht darauf und auf Hilfe in Notlagen.
Alle Änderungsanträge der Opposition haben nichts genützt. Es bleibt bei einem „grundsätzlichen Anspruch“, der in Verwaltungsvorschriften und Zielvereinbarungen ausgelagert wird, die ohne Beteiligung des Parlaments faktisch jederzeit geändert werden können.
Das Gesetz ist dennoch ein erster Schritt. Deshalb haben viele Abgeordnete zugestimmt. Doch es muss in den nächsten Jahren verbessert werden. Damit die mehr als 800.000 Berliner Senior:innen verlässlich wissen, was ihnen zusteht. Denn jetzt haben die Menschen weiter keinen Anspruch, die Bezirke keine Spielräume und die Ungleichheit bleibt bestehen. Und das ist genau das Gegenteil von dem, was eigentlich erforderlich ist.
Umso bedeutsamer wird damit die Wahl einer starken Senior:innenvertretung.

Sozialpolitische Sprechstunde mit der Seniorenvertretung
Carolin Weingart, Bezirksstadträtin und Leiterin der Abteilung Soziales, Gesundheit, Arbeit und Teilhabe (Die Linke), und **Udo Franzke**, Mitglied der Seniorenvertretung
Montag, 20. Juli, 10–12 Uhr
KIEZKLUB Rahnsdorf,
Raum „Das gemütliche Lesecafé“

Neuer Kiezklub Baumschulenweg eröffnet

Ein kleiner Besucher und Carolin Weingart bei der Eröffnung des Kiezklubs

Im Dezember 2025 wurde der Bau des neuen Kiezklubs Baumschulenweg vollendet, am 18. April 2026 wurde er schließlich von Bezirksbürgermeister Oliver Igel und Bezirksstadträtin für Gesundheit und Soziales, Carolin Weingart (Die Linke), feierlich eröffnet. Besucher:innen konnten sich bei Bühnenbeiträgen, Schnupperkursen, Mitmachaktionen und gastronomischen Angeboten ein Bild vom neuen Standort machen.
Mehr Infos zu den 11 Kiezklubs im Bezirk gibt es hier: gleft.de/6Dp

Oberschöneweide atmet auf

Schatteninsel am Kaisersteg gegen die Sommerhitze

Der Sommer steht vor der Tür und mit ihm die drückende Hitze. Besonders auf offenen Plätzen brennt die Sonne oft gnadenlos auf den Boden. Ein Sorgenkind im Bezirk war bisher der Platz am Kaisersteg in Oberschöneweide. Doch das ändert sich: Ende April wurde dort ein neues Vorhaben eingeweiht – die „Schatteninsel". Das ist eine gemütliche Mischung aus schattenspendenden Dächern, grünen Hochbeeten und Bänken, die sogar Regenwasser sammeln.

Fürs Auge und die Gesundheit: Schatteninsel am Kaisersteg

Hinter dem Projekt steht auch die Linke Bezirksstadträtin für Gesundheit und Soziales, Carolin Weingart. Für sie ist die Schatteninsel weit mehr als nur eine reine Verschönerung. Es geht um den konkreten Schutz der Gesundheit im Wohnviertel. Das Geld kommt deshalb gezielt aus einem Fördertopf des Landes für den Hitzeschutz. „Extreme Hitze kann krank machen – besonders ältere Menschen, gesundheitlich Vorbelastete oder Familien mit Kindern leiden. Die Schatteninsel ist ein Ansatz für einen stark versiegelten Ort wie den Platz am Kaisersteg. Wir wollen mitten im Wohnviertel einen kostenlosen Ort schaffen, an dem man sicher verschnaufen, sich abkühlen und Kraft tanken kann", so Carolin Weingart. Die neue Insel wurde über anderthalb Jahre gemeinsam mit den Menschen vor Ort entwickelt. Auch in Zukunft lebt die Schatteninsel komplett vom Mitmachen. Das Bezirksamt sucht nun Nachbarinnen und Nachbarn, die eine Patenschaft für die Hochbeete übernehmen oder beim Gießen helfen. Bezirksstadträtin Carolin Weingart sieht darin eine große Chance für den Zusammenhalt: „Gesundheit und ein gutes Leben im Viertel funktionieren nur Hand in Hand. Wenn wir uns gemeinsam um das Grün vor unserer Haustür kümmern, kommen die Menschen ins Gespräch. Wir schützen uns so nicht nur vor der Sonne, sondern stärken das gesamte Zusammenleben. Wer im Alltag aufeinander achtet, lässt in einer Hitzewelle niemanden allein."

Das Vorhaben wird vom Bezirksamt bis mindestens 2028 unterstützt. Beim nächsten Spaziergang also einfach mal vorbeischauen, die neuen Bänke testen und ein schattiges Plätzchen am Kaisersteg genießen! Wer mitmachen möchte, kann ganz einfach eine Gießpatenschaft übernehmen und den eigenen Kiez aktiv mitgestalten.

Sozialtag auf dem Marktplatz Adlershof

Am 25. Juni 2026 lädt das Netzwerk Leben im Kiez (LiK) gemeinsam mit der Fachgruppe Gerontopsychiatrisch-Geriatrischer Verbund (GGV) erneut zum Sozialtag auf dem Marktplatz in Adlershof, Dörpfeldstraße 46, ein. Von 10 bis 14 Uhr erhalten Besucher:innen während des Wochenmarktes umfassende Informationen und Beratungen zu Themen rund um Gesundheit, Pflege, soziale Teilhabe und Unterstützungsmöglichkeiten. Der Sozialtag richtet sich insbesondere an ältere Menschen, Angehörige und alle Interessierten, die sich über Beratungsangebote im Bezirk informieren möchten. Vor Ort stehen Fachleute bereit, um individuelle Fragen zu beantworten und über Unterstützungsmöglichkeiten in Treptow-Köpenick zu informieren. „Sie möchten wissen, wie Sie im Alter fit und gesund bleiben können oder wer Sie unterstützt, wenn Hilfe nötig ist? Dann ist der Sozialtag genau der richtige Ort für Sie", erklärt die Linke Bezirksstadträtin für Gesundheit und Soziales, Carolin Weingart. „Ich freue mich darauf, persönlich mit den Besucherinnen und Besuchern ins Gespräch zu kommen und Fragen zu beantworten."

Beschlüsse:

Beschlossen:

IX/1279 Erhalt und Fortbestand des Lokals „Brunnenstübchen" im Allende-Viertel sichern (Die Linke, SPD, B'90Grüne)
IX/1220 Sichere Querung Straßenbahnstation Nixenstraße endlich umsetzen (SPD, Die Linke, B'90Grüne)
IX/1226 Menschlichkeit und Vernunft im Aufenthaltsrecht: Integration fördern, Arbeitsmarkt öffnen, Bleibeperspektiven schaffen (Die Linke, B'90Grüne)
IX/1252 Integrierte Entwicklung des Verkehrsraums Ostkreuz bezirksübergreifend planen (SPD, Die Linke, B'90Grüne)
IX/1257 Bussonderfahrstreifen auf der Elsenstraße verstetigen (Die Linke, SPD, B'90Grüne)
IX/1221 Sicherheit für Demokratie und Vielfalt – Schutzkonzepte gegen rechtsextreme Angriffe im Bezirk stärken (Die Linke, SPD, B'90Grüne)
IX/1283 Erhalt der Görlitzer Brücken als Wegeverbindung (SPD, Die Linke, B'90Grüne)
IX/1197 Legale Graffiti-Flächen in Treptow-Köpenick schaffen (CDU Beitritt: Die Linke, B'90Grüne)
IX/1259 Wahrnehmung des Wahlrechts durch obdachlose und wohnungslose Menschen unterstützen (Die Linke, B'90Grüne)

In die Ausschüsse überwiesen:

IX/1284 Einrichtung einer Ombudsstelle nach § 9a SGB VIII (SPD, Die Linke, B'90Grüne)
IX/1285 „Stille Stunde" auch in Treptow-Köpenick (SPD, Die Linke, B'90Grüne)
IX/1286 Verkehrssicherheit in der Schönefelder Chaussee erhöhen (SPD, Die Linke, B'90Grüne)
IX/1303 Persönliche Erreichbarkeit des Bezirksamtes und des Jobcenters und der Arbeitsagentur sicherstellen (Die Linke, SPD, B'90Grüne)
IX/1305 Finanzierung und Umsetzung des ÖPNV-Lückenschlusses zwischen Friedrichshagen und Hoppegarten unterstützen (SPD, Die Linke, B'90Grüne)

Details zu allen Anträgen gibt es beim Bezirksamt: gleft.de/5my

Mehr zu Linken Anträgen gibt es hier: gleft.de/4lx

Und sonntags ins Paradies

Die Mittelpunktbibliothek Köpenick macht's möglich

Im Sommer zieht es am Wochenende alle hinaus ins Berliner Grüne. Aber wenn das Wetter mal nicht so will, gibt es eine tolle Alternative: Die Mittelpunktbibliothek am Alten Markt in der Altstadt Köpenick hat ab sofort auch sonntags geöffnet und zwar von 11 bis 17 Uhr! Sechs Stunden Zeit zum Stöbern in den Beständen, zur Ausleihe von Büchern und was es sonst noch so gibt, zum Spielen, einfach zum Quatschen mit Freunden und, wenn es mal sein muss, auch zum Arbeiten.

Foto: Lubos Houska/Pixabay

„Das Paradies habe ich mir immer als eine Art Bibliothek vorgestellt." – Jorge Luis Borges

Die Bibliothek wird sonntags ohne Fachpersonal betrieben, weshalb einige Dienstleistungen nicht angeboten werden können, zum Beispiel Ausweisverlängerungen oder Neuanmeldungen, Beratungsgespräche, Ausleihe und Rückgabe von Brett-, Karten- oder Konsolenspielen, Tonies, Tonieboxen, Edurino-Figuren, TipToi-Stiften oder E-Readern und es gibt keine Kopier- und Druckmöglichkeiten.

Die Zahlung von Gebühren kann jedoch weiter bequem per Giro-Karte erfolgen. Damit alles seine Ordnung hat, ist vor Ort stets ein Wachschutz präsent.

Möglich wurde dieses attraktive Angebot durch den Bibliotheksstärkungsfonds (BSF) der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Projekt wurde entwickelt, um die Bibliotheksangebote auch außerhalb der klassischen Geschäftszeiten nutzen zu können. Zunächst handelt es sich um ein befristetes Pilotprojekt, das bis Ende 2026 läuft.

Bleibt zu wünschen, dass viele Menschen dieses paradiesische Angebot nutzen und aus dem Pilotprojekt ein Dauerzustand wird.

Kein Amt nur noch per Klick

Analoge Behördengänge ein Muss

Vieles in unserer Gegenwart mag durch die Digitalisierung komfortabler geworden sein, doch die zunehmende Verlagerung behördlicher Kommunikation auf ausschließlich digitale Angebote stellt ein Problem dar. Für zahlreiche Bürger:innen gefährdet diese Einschränkung nämlich den Zugang zu existenziell wichtigen Leistungen wie Grundsicherung, Arbeitslosengeld, Wohngeld oder Kindergeld. Sozialverbände und Beratungsprojekte weisen daher auf zunehmende Probleme für Kund:innen hin. Betroffen sind hierbei insbesondere, aber nicht nur: ältere Menschen ohne ausreichende digitale Kenntnisse, Menschen mit Behinderungen, psychischen oder Suchterkrankungen sowie diejenigen in schwierigen sozialen oder persönlichen Lebenslagen.

Daher haben die Fraktionen von Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick einen Antrag zur Sicherstellung der persönlichen Erreichbarkeit des Bezirksamtes, des Jobcenters und der Arbeitsagentur eingebracht. Insbesondere sollte gewährleistet werden, dass auch künftig persönliche Antragstellungen, Bescheiderteilung, Beratungen und Klärungen vor Ort und analog möglich sind und nicht ausschließlich digitale Kommunikationswege angeboten werden. Daher sollten in den entsprechenden Schreiben immer auch die analogen Möglichkeiten gleichberechtigt angegeben werden. Der Antrag wurde inzwischen in den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Teilhabe und Inklusion überwiesen, der darüber beraten wird.

Überfälliger Lückenschluss

Trotz räumlicher Nähe fehlt zwischen den S-Bahnhöfen Friedrichshagen und Hoppegarten bislang eine direkte ÖPNV-Verbindung. So sind Fahrgäste für eigentlich kurze Strecken bis zu einer Stunde unterwegs. Eine neue Buslinie würde Pendler:innen, Schüler:innen und Beschäftigten erhebliche Umwege ersparen und die regionale Vernetzung im wachsenden Berliner Umland spürbar verbessern. Aus diesem Grund hat die SPD gemeinsam mit Linken und Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag zur Finanzierung und zeitnahen Umsetzung für die geplante direkte Busverbindung zwischen den S-Bahnhöfen Friedrichshagen und Hoppegarten in die BVV Treptow-Köpenick eingebracht. Der Ausbau dieser Verbindung stärkt den Umweltverbund und leistet einen Beitrag zur lokalen Verkehrswende. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt- und Naturschutz überwiesen.

Bürgersprechstunde

Bezirksstadträtin und Leiterin der Abteilung Soziales, Gesundheit, Arbeit und Teilhabe, **Carolin Weingart, Donnerstag, 13. August, 10–11.00 Uhr** (telefonisch oder vor Ort) Hans-Schmidt-Straße 16, 12489 Berlin, Raum 132, Anmeldung unter: (030) 902 97 59 88

KONTAKT

Fraktion in der BVV
Rathaus Treptow, Raum 205
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
Tel. (030) 533 76 07
mail@linksfraktion-tk.de
Sprechzeiten:
Mo, Do 15.00–18.00 Uhr
Dienstag 12.00–17.00 Uhr
Sprechzeiten nach Voranmeldung

www.linksfraktion-tk.de

linksfraktiontk

IMPRESSUM

Aus dem Rathaus Treptow-Köpenick
Monatszeitschrift der Fraktion
DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick
Redaktion: Edith Karge, Dobrila Kontić, Joseph Rohmann
Postanschrift: Fraktion DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick,
Redaktion Aus dem Rathaus,
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin.
redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: www.karenaugust.de
Druck: Union Druckerei Berlin Verwaltung GmbH
Storkower Straße 127A+129, 10407 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 09.06.26
Die nächste Ausgabe „Aus dem Rathaus" erscheint am Montag, 31.08.26
Redaktionsschluss dafür: Dienstag, 18.08.26

Bürgersprechstunde

Gregor Gysi, MdB
Dienstag, 21. Juli
von 12–18 Uhr
im Bürgerbüro Gregor Gysi,
Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Anmeldungen bitte bei
André Schubert unter
63 22 43 57

Zwei Zeitungen: ein Abo!

Null Papier, volle Informationen.
Unsere Zeitungen **Aus dem Rathaus** und **blättchen** jetzt im digitalen Abo!
#nachhaltiglinks
gleft.de/5jV

KONTAKT

Geschäftsstelle
Treptow-Köpenick
Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. 64 32 97 76, Fax 64 32 97 92
bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de
Öffnungszeiten:
Montag 13.00 – 17.00 Uhr
Donnerstag 10.00 – 16.00 Uhr
Kassenzeiten:
Auf Anfrage
Wahlkreisbüro
Dr. Gregor Gysi, MdB
Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. 63 22 43 57, Fax 3 22 43 58
gregor.gysi@wk.bundestag.de
Sprechzeiten:
Mo + Mi 13.00 – 16.30 Uhr
Kassenzeiten Brückenstraße:
Auf Anfrage

www.dielinke-treptow-koepenick.de

dielinketk

IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick
Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der Partei DIE LINKE. Treptow-Köpenick
Redaktion: Edith Karge, Dobrila Kontić, Joseph Rohmann
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.
redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: www.karenaugust.de
Druck: Union Druckerei Berlin Verwaltung GmbH
Storkower Straße 127A+129, 10407 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 09.06.26
Erscheinungstag blättchen 313: Mo, 31.08.26
Redaktionsschluss dafür: Di, 18.08.26
Das ›blättchen‹ wird aus Spenden finanziert.

Frieden statt Hochrüstung

Aus aktuellem Anlass: AG Antimilitarismus und Frieden

TechHUB SVI Ost heißt eine Ende April verkündete Initiative der IHK Berlin, die aufhorchen lässt: Laut Pressemitteilung ist es das Ziel dieser Initiative, „Berlins technisches Know-How und Expertise in Schlüsseltechnologien für sicherheits- und verteidigungsrelevante Innovationen stärker zu koordinieren und gemeinsame Strukturen mit Bundeswehr und Sicherheitsbehörden zu schaffen“. Getragen werde die Initiative, so heißt es weiter, von der Senatskanzlei Berlin, der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Berlin Partner, der Investitionsbank Berlin, den Unternehmensverbänden Berlin-Brandenburg und der IHK Berlin.

Auch einige Politiker werden in der Pressemitteilung zitiert: Kai Wegner (CDU), Regierender Bürgermeister, will „Berlin zu einem europäischen Standort für Sicherheitstechnologien“ machen. Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey (SPD) plädiert dafür, Unternehmen der Rüstungsbranche und militärisch nutzbarer Zivilproduktion systematisch mit der Berliner Wirtschaftsförderung zu verknüpfen.

Von der Presse wurde das Projekt TechHUB SVI Ost kaum beachtet, dabei ist es brandgefährlich: Die rund 30.000 Beschäftigten am Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Adlershof (WISTA) und die Anwohner:innen von Adlershof und Johannisthal könnten durch diese Vorhaben zum Ziel von militärischen Angriffen werden!

Mehr Waffen und Militärtechnologie bedeuten nicht mehr Sicherheit und Frieden, sondern Eskalation, Zerstörung, Umweltschäden, Leid und Tod für die Zivilbevölkerung, aber unsäglichen Reichtum für die Aktionäre. Die Aufrüstung geschieht vor unseren Augen, durchdringt alle Lebensbereiche und führt zu einem autoritären Umbau von Staat und Gesellschaft. Immer deutlicher wird, dass sie eine Klassenfrage ist, finanziert durch Sozialabbau, Preiserhöhungen und Schulden, inzwischen von mehreren Hundert Milliarden Euro.

Dagegen und für Friedensfähigkeit setzt sich die AG Antimilitarismus und Frieden Treptow-Köpenick ein. Wir wollen ermutigen, gegen Kriegspolitik aktiv zu werden und unterbreiten Bildungs- und Diskussionsangebote. Zentral ist dabei der Zusammenhang von Aufrüstung und Sozialabbau. Wir protestieren u.a. gegen öffentliche Werbung der Bundeswehr und gegen die Militarisierung des Alltags. Wir unterstützen Kampagnen gegen die Wehrpflicht sowie Schülerstreiks. Die AG trifft sich monatlich und ist offen für Sympathisant:innen.

Lutz Putzger
AG Antimilitarismus und Frieden

Für Interessierte:
Auftaktveranstaltung der AG am 29. Juni 2026, 19 Uhr, in der Geschäftsstelle Allendeweg 1
E-Mail: ag-antimilitarismus@dielinke-treptow-koepenick.de

Zahl des Monats: 6,9 %

So stark ist die mittlere Nettokaltmiete im Berliner Wohnungsbestand gestiegen, wie aus dem Ende Mai veröffentlichten Berliner Mietspiegel hervorgeht. Der Mittelwert der gesamten Erhebung stieg von 7,21 Euro auf 7,71 Euro pro Quadratmeter. „So stark ist die ortsübliche Vergleichsmiete seit 2017 nicht mehr gestiegen“, kommentierte dies Wibke Werner, Geschäftsführerin des Berliner Mietervereins, gegenüber rbb24. Höchste Zeit für eine durchgreifende Mietenpolitik!

Umfrage zu Vonovia

Im Kampf gegen Mietabzocke

Über 530.000 Wohnungen in ganz Deutschland – um die 140.000 davon allein in Berlin – gehören zu Vonovia, dem hierzulande größten Privatvermieter. Dessen Mieter:innen müssen aber einiges über sich ergehen lassen: teils illegale Mieterhöhungen, undurchsichtige Nebenkostenabrechnungen, dauerhaft verschleppte Reparaturen und Instandhaltungen. Vonovia verfolgt damit vor allem ein Ziel: maximale Ausbeute bei den Mieter:innen und damit maximale Gewinne für die Aktionäre des Konzerns. Die Linke nimmt das nicht länger hin und Vonovia richtig unter die Lupe: Unter **mietabzocke-stoppen.de/vonovia/umfrage** können Mieter:innen ihre Erfahrungen mit Vonovia anonym mitteilen – persönliche Daten gelangen nicht an die Öffentlichkeit. Wer zudem kürzlich Mieterhöhungen von Vonovia erhalten hat, findet hier Hilfe: **berlin-bezahlbar-machen.de/miete**

Das „blättchen“ braucht Spenden!

Um die Kosten für unsere Bezirkszeitung decken zu können, ist eine Spende von mindestens 25 Cent für jede Ausgabe hilfreich. Allen Spendern herzlichen Dank für die Unterstützung.
Überweisen Sie Ihre Spende bitte an: DIE LINKE Berlin
IBAN:
DE59 1007 0848 0525 6078 03
BIC: DEUTDEDB110,
Berliner Bank AG
Verwendungszweck: 502-810, sowie Name, Vorname und Anschrift angeben

Übrigens: Die Linke nimmt keine Spenden von Konzernen und Lobbyisten an.

Petition zur Kino-Rettung

Traumfabrik-Initiative will Cinestar Treptow wiederbeleben

Seit Januar dieses Jahres steht das ehemalige Cinestar-Kino am Treptower Park leer. Neun Kinosäle, ein großer Bürotrakt und jede Menge Raum und Freiflächen sind seitdem ungenutzt. Trotz umfangreichem Konzept und einem Finanzierungsplan der Initiative Traumfabrik Treptow, einem Zusammenschluss aus ehemaligen Kino-Mitarbeiter:innen und Nachbar:innen, verweigert sich der Besitzer der Immobilie, Aroundtown SA, einem konstruktiven Dialog über eine mögliche Zwischennutzung. Stattdessen verkommt das Gebäude immer weiter und macht die Kreuzung an der neuen A100-Anschlussstelle nicht nur verkehrspolitisch zu einem Sorgenkind im Treptower Norden. Die Initiative Traumfabrik Treptow hat deshalb nun eine Petition gestartet, um den Druck auf den Eigentümer zu erhöhen. Zahlreiche Akteure aus Kultur und Politik haben beim feierlichen Petitionsstart am 9. Juni vor dem ehemaligen Kino-Eingang ihre Unterstützung für das Projekt zu Papier gebracht. Mit einem soziokulturellen Mischkonzept wollen die Aktiven der Traumfabrik-Initiative auf den akuten Raummangel im kulturellen und sozialen Bereich reagieren und gleichzeitig einen Begegnungsort für die Nachbarschaft schaffen. Zahlreiche Vereine, Gruppen und Künstler:innen haben sich bereits für eine mögliche Nutzung vormerken lassen. So schnell wie möglich soll das Gebäude wiederbelebt werden, damit der Leerstand nach dem Januar-Aus des Kinos nur eine kurze Episode in der langen Geschichte des Kulturorts bleibt.

Foto: Traumfabrik Treptow

Schlange vorm ehemaligen Cinestar-Kino bei der Petitionsunterzeichnung

Über den QR-Code kann die Petition unterzeichnet werden.

Jeder Tag ein neuer Wahnsinn

Marode Schulgebäude und überlastete Lehrkräfte

Eda Terkan, Kandidatin der Linke Treptow-Köpenick für Wahlkreis 6, über die Zustände an Berliner Schulen

Da ich an einer Förderschule arbeite, fehlt mir meist Zeit und Muße, das Stadtbild mit meiner Anwesenheit zu verschandeln. Gleichzeitig kann ich durch meine Tätigkeit Kinder, teils gar migrantische, von den Berliner Straßen fernhalten. Gern geschehen, Herr Merz.

Dass die Zukunft unseres Landes - irgendwer muss ja schließlich die Rente zahlen - stattdessen in maroden Schulgebäuden in zu großen Klassen mit zu wenig und entsprechend oftmals am Limit stehenden Lehrkräften sitzen muss, ist hingegen weniger erquicklich. Ebenso unerquicklich ist die Lage an unseren Schulen insgesamt. Jeder Tag ein neuer Kampf, jeder Tag ein neuer Wahnsinn. Nicht nur die Inhalte müssen gestaltet, nicht nur die regulären Schulzeiten abgedeckt werden. Korrekturen nach Feierabend, am Wochenende. Elterngespräche. Verwaltungstätigkeiten, Konferenzen, Krisengespräche. Belastende Familienverhältnisse der Schützlinge lässt zudem niemand einfach am Schultor zurück.

Lehrkräfte sind, ich spreche aus Erfahrung, einer permanenten Doppel-, Drei- und Vierfachbelastung ausgesetzt. Vom Lehrkräftemangel, den die Bildungssenatorin elegant beschönigt, brauche ich hier niemandem mehr zu erzählen, will aber an dieser Stelle doch darauf hinweisen, wozu der Dauerstress letztlich führt: 30% der Lehrkräfte leiden an Burn-out oder stehen kurz davor. Burn-out könnte man allein vom Zählen der Kolleg:innen mit Burn-out bekommen.

Als Lehrerin kennt Eda Terkan den desolaten Zustand der Berliner Schulen

Eine Arbeitsbelastungsstudie unter Lehrenden an Berliner Schulen hat kürzlich ergeben: Nur sehr wenige würden sich erneut für den Lehrberuf entscheiden oder ihn weiterempfehlen, mehr als ein Drittel gar aktiv davon abraten. Das ist schade, haben doch die meisten von ihnen einst mit hehren Zielen begonnen. Ich denke, ich kann für die meisten meiner Kolleg:innen sprechen, wenn ich sage: Ich liebe meinen Job. So geht es aber verdammt noch mal nicht weiter. Statt Social-Media-Verbote verhängen zu wollen oder über mangelnde Sprachkenntnisse an sogenannten Problemschulen zu lamentieren, sollten ganz andere Probleme angegangen werden. Denn wo Lehrkräfte aus purer Überlastung kaum weiterwissen, bleiben unsere Kinder auf der Strecke.

Finden Sie irgendwie blöd? Dann eventuell lieber die Linke wählen.

Termine

Di, 07.07. /// 18 Uhr
Sommerfest BO Spindlersfeld/ Köllnische Vorstadt
Die Basisorganisation der Linken in Spindlersfeld / Köllnische Vorstadt lädt zu einem kleinen Sommerfest in die Kiezspindel, Rudower Straße 37, ein.

Do, 09.07. & Do, 13.08. /// je 18 Uhr
Kriegsdienstverweigerungsberatung
Wer keinen Militärdienst leisten möchte, muss dafür einen formellen Antrag stellen und dies schriftlich begründen. Dabei tauchen oft Fragen auf, zu denen *Die Linke hilft: Kriegsdienst verweigern* berät – mit Lisa Pfitzmann, Direktkandidatin bei den Abgeordnetenhauswahlen für den Wahlkreis 2. Bürgerbüro Gysi, Brückenstraße 28, Anmeldung via hilfe@dielinke-treptow-koepenick.de

Do., 16.07. /// 17 Uhr
Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht
Friedrich Eisner, ehrenamtlicher Mitarbeiter im Ambulanten Hospizdienst Berlin Friedrichshagen, informiert im Vortrag über neue gesetzliche Bestimmungen zur Vorsorgevollmacht, zum Ehegattennotvertretungsrecht und zur Patientenverfügung. Kulturküche Bohnsdorf, Dahmestraße 33, Eintritt: frei, um Anmeldung wird gebeten (030/67896191 oder bohnsdorf@kulturring.berlin)

Weitere Informationen zu Terminen & Veranstaltungen im Internet: www.dielinke-treptow-koepenick.de